

DIPL.-POL. EKKEHARD RUEBSAM-SIMON

Der gesundheitspolitische Kommentar

## **Versprochen - gebrochen! Ein Abgesang auf Schwarz-Gelb.**

Schwarz-Gelb hat die letzte Bundestagswahl nicht zuletzt durch die Unterstützung zahlreicher Ärzte gewonnen. In Baden-Württemberg erreichte die FDP über 18%. Der MEDIVerbund hatte einen offensiven Wahlkampf in den Praxen geführt und sich eindeutig für diese Koalition positioniert - was die meisten alten Verbände tunlichst vermieden haben. Klare Kante ist nicht deren Welt, auch wenn sie inhaltlich gleicher Meinung sind. Ein Politiker hält sich jede Option offen ist offenbar deren Grundtenor.

In verschiedenen Gesprächen zwischen dem Bundesgesundheitsministerium, dem Hausärzterverband und MEDI, insbesondere mit Herrn Bahr, wurde speziell von der FDP der Eindruck erzeugt, als ob die von uns entwickelten Selektivverträge für Haus- und Fachärzte eine Zukunft im Wettbewerb hätten. Herr Bahr erhielt die Möglichkeit, vor knapp 10.000 Ärzten im Vorwahlkampf für seine Wahl und Partei zu werben. Fairerweise muss man zugestehen, dass die FDP mit den Selektivverträgen immer ihre Schwierigkeiten hatte, sie missverstand diese als monopolistische Struktur - etwas was ihr von KBV und anderen Gegnern der Selektivverträge in den Mund gelegt wurde. In verschiedenen Regionen war nur durch die Zusammenarbeit von MEDIVerbund und Hausärzterverband das Erreichen der Quotierung von über 50% möglich, so dass von einem Monopol nicht die Rede sein kann. Da sich über die Fläche auch verschiedene andere Organisationen inklusive KVen um Hausarztverträge bewarben und diese auch erhielten, kann man allenfalls von oligopolistischen Strukturen sprechen - eine richtige Antwort der Ärzte in einem zwangswirtschaftlich verwalteten System. Die Gespräche mit Bahr und anderen Protagonisten erzeugten den Eindruck, als ob die Politiker begriffen hätten, dass nach einer gewissen gesetzlichen Anschub-Unterstützung zum ersten Mal so etwas wie Wettbewerb im verkrusteten GKV-System möglich wäre.

Die Ankündigung Röslers, den kommenden Selektivverträgen per Honorarbegrenzung den Garaus zu machen, ist ein glasklarer Bruch der abgegebenen Versprechen und bestätigt den alten Ruf der FDP, im entscheidenden Moment eine Umfaller-Partei zu sein. Dieser Moment ist immer der gleiche, nämlich der, in der persönliche Vorteile gegenüber prinzipiellen Anforderungen zurück stehen müssten. Das Bild vom Bambus, der sich im Winde wiegt aber nicht bricht - ein Bild das Rösler mehrfach für sich reklamierte - lässt sich auch schlicht mit Prinzipienlosigkeit übersetzen. Die

FDP wird die Folgen dieses Verrats an der Hausärzteschaft im nächsten Landtagswahlkampf sicher spüren.

Nun sind die Selektivverträge in Baden-Württemberg zunächst einmal sicher für die nächsten Jahre. Bis auf einige BKKen und die Landwirtschaftliche Krankenkasse können alle Patienten in Hausarztverträge eingeschrieben werden, für die freiwillig geschlossenen und geschiedsten Verträge gibt es Bestandsschutz. Insofern ist die Wiese gemäht. Die AOK Baden-Württemberg, mit der wir ein belastbares Arbeitsverhältnis entwickelt haben, ist an weiteren Selektivverträgen für Facharztverträge interessiert. Der Zuschlag für Neurologen, Psychiater, Psychotherapeuten, Orthopäden, Chirurgen wurde dem MEDIVerbund gerade erteilt. Die AOK hat als erste begriffen, dass die wegbrechenden Ärzte in allen Sektoren nur gehalten werden können, wenn sie ein angemessenes Honorar erhalten. Die Vereinbarung ist dabei, dass die Ärzteschaft sich um eine entsprechende Refinanzierung der Verträge intensiv kümmert um damit eine er beidseitige Win-Win-Situation zu generieren. Im Gegensatz zu anderen Kassen, die nur auf Grund gesetzlichen Zwanges einsichtig waren, handelt es sich also um eine Premium-Verbindung, die von Einsicht und Verantwortung der Versorgungsrealität und dem Willen, diese zu gestalten, getragen ist. Wenn die Politik gegen diese von ihr selbst gewünschte Realität zu Felde zieht, so muss es dafür gewichtige Gründe geben, die über eine persönliche Einschätzung oder Wertung hinausgehen. Interessanterweise wird vom BGM nur die Ausgabenseite (auch noch aufgrund von falschen Zahlen einiger VdEK-Kassen) betrachtet, während die Refinanzierungs-Einnahme-Seite offenbar bewusst „vergessen“ wurde. Dann hätte man die Sache nämlich nicht so durchziehen können, wie es jetzt versucht wird.

Zunächst könnte man glauben, dass die jungen Politiker Rösler, Bahr und Jens Spahn (CDU), die für diesen Vertrauensbruch Verantwortung haben, einfach zu unerfahren und zu unwissend bezüglich des Systems sind, das sie zu regulieren vorgeben. Einiges spricht für die Richtigkeit dieser Annahme, wenn man die Substanz vieler Äußerungen dieser Politiker analysiert. Das Glasperlenspiel, mit Milliarden herumzuhantieren und auf dem Abakus hin und her zu schieben, scheint einen eigenen Reiz zu haben und Omnipotenzgefühle zu befördern.

Wenn man sich jedoch damit befasst, was z.B. bei den Ärzten unten ankommt von den Reformen, welche Auswirkungen sie auf die Patienten haben, so sieht die Sache schon anders aus. Trotz etwas mehr Geld im Gesamtsystem stellt sich die Situation im Jahr 2010 bundesweit dramatisch dar. Viele Versorgerpraxen stehen vor dem finanziellen Ruin, insbesondere auch in dem früher reichen „Süden“ der Republik - speziell Baden-Württemberg. Baden-Württemberg ist in der Tat die einzige KV, die ein reales Minus nach der letzten Reform aufweist. (Quelle: letzte Vertreterversammlung der KVBW vom 7. Juli 2010). In vielen Versorgerpraxen von Hausärzten, HNO-Ärzten, Gynäkologen, Dermatologen,

Orthopäden, die vor allem die Basismedizin anbieten, sind Umsatzeinbrüche von 20 bis 30% nicht die Ausnahme sondern die Regel. Da ähnliche Berichte in zahlreichen anderen Regionen Deutschlands bekannt sind, fragt sich natürlich, wo das Geld geblieben ist. Die Antwort, es sei in den Osten verschoben worden, erklärt dies nicht. Die Antwort scheint nur der Wind zu wissen...

Die Honorarsituation ausweislich des letzten Berichtes des Statistischen Bundesamtes von 2007 straft alle diejenigen Lügen, die immer noch von einem Jahresgewinn nach Steuern von 160.000 € oder mehr ausgehen. Die Realität beim Hausarzt in Baden-Württemberg geht von einem Fallwert von knapp 50 € aus, oft auch weniger. Dem kleinen Arzt auf dem Lande ist nämlich egal, ob im Gesamtsystem mehr Geld anlandet, ihn interessiert nur, was auf seinem Konto ankommt. Ähnliches gilt für andere Arztgruppen.

Diejenigen, die Selektivverträge aus unterschiedlichsten Motiven bekämpfen, mögen eine klammheimliche Freude an den Entscheidungen von Rösler haben – diese Koalition geht von den ausgewiesenen Gegnern von MEDIVerbund und HÄV bis zu Leuten, die ganz „links-fundamental“ argumentieren, wie zahlreiche ärztliche Splittergruppen und Freier Ärzteschaft. Das zeigt vor allem nur eins: Sie haben wenig begriffen von dem, was gerade gespielt wird. Mit dem Versuch, die Hausarztverträge abzuwürgen, soll die Möglichkeit, sich aus dem GKV-System heraus zu bewegen und eine angemessene Vergütung zu erstreiten prinzipiell beerdigt werden. Und das betrifft sie genauso wie MEDI und HÄV, denn auch eine GOÄ als Rechenhilfe dürfte dann auf das jetzige GKV-Niveau abgesenkt werden, wenn man der politischen Logik folgt.

Die Denkstruktur vieler Selektivvertragsgegner ist eher schlicht: Keiner soll mehr als die anderen haben, das Prinzip kommunizierender finanzieller Röhren im GKV-System scheint sakrosankt zu sein. Wenn einer mehr Geld bekommt, kann er es nur den anderen gestohlen haben. Franz-Josef Müller hat in seiner Plattform brain2doc (<http://brain2doc.de/>) die intellektuelle Armseligkeit dieser Argumentationen immer wieder präzise zutode analysiert, aber diese überleben offenbar auch das... Die Gegner der Selektivverträge sollten sich besser inhaltlich mit diesen Analysen befassen - leider betreiben viele Ärzte eine Informationsverweigerung, die einer Selbstschädigung gleichkommt. Fünf Jahrzehnte permanenter, willkürlicher Geldumverteilung im System, je nach politischer Gesamtwetterlage, haben offenbar Engramme in den Hirnen der Vertragsärzte angelegt, die von diesen Gesetzmäßigkeiten als unveränderlichen Quasi-Naturgesetzen ausgehen.

Im KV-Wahlkampf in Baden-Württemberg zeigt sich das konkret darin, dass MEDI-Gegner Wahllisten einzig zu dem Zweck aufstellen, MEDI zu schwächen (Sie sagen es auch öffentlich, z. B. gerne im Forum facharzt.de) und nicht mit dem Ziel, Verantwortung in der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen

Vereinigung Baden-Württemberg zu übernehmen. Etliche unsere Gegner haben sich in die Selektivverträge eingeschrieben, treten aber politisch dagegen auf. Diese Bewusstseins-Spaltung hat etwas Bizarres, scheint aber von manchen mit politischer Größe oder politischer Raffinesse verwechselt zu werden.

Wenn man die Taten von Rösler und Co. nicht psychologisch sondern systematisch interpretiert, so wird eher ein Schuh daraus: Nicht Unerfahrenheit sondern politisches Kalkül einer Machtanalyse stecken dahinter. Man hat begriffen, dass die Selektivverträge gleichzeitig ein „Systemausstieg light“ aus dem GKV-System sind und dass die Ärzte zum ersten Mal eine eigenständige Machtposition erworben haben (F. J. Müller nennt das „Marktmacht“). Sie können, wie jede gewerkschaftliche Bewegung auch, bessere Preise/Vergütungen für ihre Klientel erstreiten. Und das genau ist des Pudels Kern. Selbstständige, freie Verbände, die auf Augenhöhe mit den Krankenkassen die Vergütung ihrer Ärzte aushandeln sind der Politik ein Dorn im Auge, da sie nicht mehr kalkulierbar und steuerbar sind. Nur über das KV-System lässt sich der Gehorsam der Ärzte erzwingen, seien es nun Vergütungsregeln oder die in Kürze folgenden Regularien einer sektorenübergreifenden Qualitätssicherung. In den oberen Etagen von KBV und Gemeinsamen Bundesausschuss werden diese Fakten auch klar so benannt.

Nur die Ärzte, die offenbar eingebaute Skotome für die Tatsachen „Geld“ und „Macht“ haben, begreifen wieder einmal nichts. Sie beschäftigen sich auf ihren Ärztetagen lieber mit dem 3. Spiegelstrich einer Muster-Weiterbildungsordnung als mit politischen Fakten und Machtrealien. Der Streit um die Größe eines Praxis-Schildes ist sicherlich interessanter als die Berechnung einer angemessenen Vergütung einer Fachgruppe. Das überlässt man lieber den Experten, selbst wenn diese über Jahrzehnte ihre Inkompetenz unter Beweis gestellt haben. Hauptsache nichts ändert sich. Dann kann man sich nämlich besser lauthals streiten - aber auch diese verbale Klatsche hilft keinem wirklich...

Die von der CSU genannte „Gurkentruppe“ FDP (und im Nebenschluss CDU), die im Gesundheitsbereich unterwegs ist, wird massiven Widerstand von Hausarztverband und MEDI bekommen. Die Gegenstrategie ist schlicht und klar: erstens werden jetzt alle Patienten, die dafür zu gewinnen sind, in Hausarztverträge eingeschrieben. Auch die bisherigen Selektivvertragsgegner werden jetzt verstehen, dass es sinnvoll ist, vermehrt einzuschreiben, wenn man seine Honorare zukunftsicher machen will. Für eine 1200-Scheine-Praxis macht das im Hausarztvertrag pro Jahr ein Plus von 80.000€ und mehr aus. Die Frist für neue Hausarztverträge wird ja von der Politik gekappt.

Zweitens werden der HÄV und MEDIVerbund im Schulterschluss auch politische Aktionen starten, die das begleiten. Die MEDI-Strategie, Körbe

aufzulegen und diese bestehen zu lassen, hat sich als goldrichtig erwiesen. Wenn der HÄV im Ernstfall dabei mitmacht, können wir das Quorum für den Ausstieg sicher erreichen – allein waren wir dafür zu schwach. Die Frage, ob man bei Hausärzten tatsächlich 70% der teilnehmenden Ärzte braucht, ist neu zu diskutieren. Hier sind, zumindest auf dem Land auch geringere Zahlen möglich, um die Versorgung zusammenbrechen zu lassen. Auch ein „Schachbrettstreik“, wie er von den Gewerkschaften vorexiziert wird, ist für uns nicht tabu.

Das heißt: Wir sind weder schwach, noch hilflos – ganz im Gegenteil. Das Lehrstück mit Rösler & Co. hat wieder einmal gezeigt, dass wir uns nur auf einen verlassen können – auf uns selbst. Die schwarz-gelbe Koalition muss sich sehr anstrengen, wenn sie das zerstörte Vertrauenskapital wiederherstellen will. Ohne Ärzte gibt es eben keine medizinische Versorgung, jetzt müssen es nur noch die Ärzte selbst glauben können... Wir bemühen uns darum, dabei zu helfen.